

Aufbruch in eine klimaneutrale, inklusive, sozial- und geschlechtergerechte Zukunft!

Die dramatischen Folgen der Erderhitzung führen uns immer deutlicher vor Augen, dass die Klimakrise nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Krise ist. Extreme Wetterereignisse häufen sich und werden immer verheerender, der Meeresspiegel steigt kontinuierlich: Die Klimakrise ist überall auf der Welt ein ernsthaftes Risiko für Mensch und Natur. In Ländern des Globalen Südens sind arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen durch Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen am stärksten betroffen. Es sind die Menschen, die kaum oder nur sehr wenig zur Klimakrise beigetragen haben. Aber auch in den Industrieländern des Nordens sind die Menschen immer stärker der Klimakrise ausgesetzt. Entfesselte Waldbrände, mehrjährige Dürreperioden und Flutkatastrophen bedrohen und zerstören das Leben, die Gesundheit und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen.

Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Klimagerechtigkeit sind eng miteinander verbunden. Menschen aller Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen sind von Klimakrise und klimapolitischen Maßnahmen unterschiedlich betroffen – nicht nur abhängig von ihrem Geschlecht und Alter, sondern auch von allen anderen diskriminierungsrelevanten Aspekten und der Betroffenheit von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, die im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 gefassten Beschlüsse zur Begrenzung der Erderhitzung auf möglichst 1,5 Grad Celsius in die Tat umzusetzen sowie die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu erfüllen. Nur wenn es uns gelingt, die globalen Emissionen in den kommenden zehn Jahren nahezu um die Hälfte zu reduzieren, können wir die schlimmsten ökologischen und sozialen Folgen der Klimakrise abmildern. Nur dann können wir einen Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit leisten und die Freiheitsrechte junger Menschen schützen.

Die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens sowie der Agenda 2030 ist die zentrale politische, gesellschaftliche und soziale Herausforderung unserer Zeit. Sie duldet keinen weiteren Aufschub und wird nur gemeinsam zu bewältigen sein. Dabei greift es zu kurz, soziale und ökologische Ziele gegeneinander auszuspielen oder ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen mit dem Hinweis auf bestehende sozialpolitische Versäumnisse zu unterlassen. Vielmehr ist es Zeit, die ökologische und soziale Transformation gemeinsam voranzutreiben.

Dafür ist eine effektive und verbindliche Klimapolitik notwendig, die wirksam Treibhausgasemissionen reduziert, Anpassung an die Folgen der Klimakrise ermöglicht, zukunftsfähige Beschäftigungsperspektiven bietet und soziale Ungleichheiten abfedert. So bietet sich die Chance, die Folgen der Erderhitzung einzudämmen, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten, eine resiliente und ressourcenschonende Wirtschaft mit guter Arbeit aufzubauen und damit mehr Lebensqualität für alle zu schaffen.

Die Klima-Allianz Deutschland will den notwendigen sozial-ökologischen Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweise mitgestalten und in Gesellschaft und Politik tragen. Uns treibt die Vision einer klimaneutralen, sozial gerechten, inklusiven sowie geschlechter- und generationengerechten Zukunft für alle an. Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die – weltweit und bei uns in Deutschland – unsere Lebensgrundlagen schützt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, Beschäftigungssicherheit und gute Arbeit sowie den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsweise befördert. Gemeinsam mit Umweltverbänden, Jugendorganisationen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und vielen weiteren Initiativen zeigen wir, dass Klimaschutz ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist und dass ambitionierter Klimaschutz die Chance für einen Aufbruch in eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft darstellt.

Bei der kommenden Bundestagswahl entscheiden die Wähler*innen, wer in den nächsten vier Jahren die Weichen für eine sozial-ökologische Transformation stellen muss. Wir erwarten von der nächsten Bundesregierung, diese Herausforderung mit aller Kraft voranzutreiben. Folgende Handlungsfelder sind dabei entscheidend:

- Die Eindämmung der Klimakrise erfordert eine aktive Rolle von Staat und Politik. Eine integrierte Klimaschutzpolitik braucht einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, kombiniert mit einer klugen Förder- und Investitionspolitik, marktlichen Instrumenten und einer vorausschauenden Arbeits- und Sozialpolitik.
- Um den ökologischen und sozialen Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen, brauchen wir enorme öffentliche Investitionen in den Aufbau einer klimaneutralen Infrastruktur und Industrie sowie für mehr soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Die Corona-Krise hat die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss das soziale Sicherheitsnetz ausgebaut und gestärkt werden. Die Erhöhung existenzsichernder Sozialleistungen und die Förderung fairer Beschäftigungsverhältnisse sind notwendige Maßnahmen zur Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit. Sie fördern den Aufbau einer resilienten Gesellschaft.
- Alle staatlichen Ausgaben, Konjunkturprogramme und finanziellen Förderprogramme müssen an den Klimazielen und einer sozial gerechten Zukunft ausgerichtet werden. Die Förderung fossiler Strukturen ist ein Bremsklotz für den Klimaschutz und untergräbt die Bemühungen zur Transformation in allen Bereichen. Alle klima- und umweltschädlichen Subventionen müssen sofort abgebaut werden.

- Für die Einhaltung der Klimaschutzziele ist es notwendig, die CO2-Bepreisung zu einem wirksamen und sozial gerechten Instrument weiterzuentwickeln. Dafür muss die CO2-Bepreisung mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Emissionsminderung kombiniert und ein transparenter Ausgleichsmechanismus geschaffen werden, der die Rückgabe der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung an die Bürger*innen ermöglicht.
- Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat noch einmal deutlich gezeigt, dass Deutschland dringend für einen besseren Schutz vor den Folgen der Klimakrise sorgen muss. Der Katastrophen- und Hochwasserschutz muss verstärkt und besser ausgestattet werden. Um verlässliche finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für eine wirksame Klimaanpassung zu schaffen, ist ein bundesweites Klimaanpassungsgesetz notwendig.
- Städte und Gemeinden müssen Treiberinnen einer sozial-ökologischen Transformation werden. Trotz vieler guter Beispiele sind die Möglichkeiten der Kommunen begrenzt. Das muss sich ändern. Der Bund und die Länder sind in der Pflicht, die Kommunen finanziell und personell so auszustatten, dass sie wirksamen Klimaschutz auf den Weg bringen und ihrer sozialpolitischen Verantwortung auch in Zukunft gerecht werden können.
- Deutschland muss seiner Verantwortung gegenüber den Ländern des Globalen Südens bei der Bewältigung der Klimakrise und beim Aufbau klimaneutraler Strukturen gerecht werden. Dafür ist es notwendig, die internationale Klimafinanzierung zu erhöhen und tragfähige Klimapartnerschaften aufzubauen. Zusätzlich muss die kommende Bundesregierung die Bemühungen zur Umsetzung der international vereinbarten Sustainable Development Goals (SDGs) verstärken.



Klima-Allianz Deutschland

Invalidenstraße 35
10115 Berlin

www.klima-allianz.de

